

en bestätigt, die die politische Selbstverortung der AfD-Sympathisanten am rechten Rand der Unionsparteien festmachen. Während sich breite Teile der Öffentlichkeit in Deutschland in der Ablehnung von offen in der Tradition des historischen Nationalsozialismus stehenden Gruppen einig sind – ohne dass sich dabei ein Konsens darüber herausgebildet hätte welche Formen zivilgesellschaftlichen Widerstands bei neonazistischen Aufmärschen akzeptabel sind – ist der Umgang mit dem in den letzten Jahren auch wahlpolitisch immer auffälliger werdenden Segment des „Rechtspopulismus“ wesentlich komplizierter.

Dies liegt zum einen daran, dass der moderne Rechtspopulismus zum Teil den Eindruck zu erwecken versucht, eine klare Trennlinie zu NS-Geschichte und rechtsextremer Ideologie zu ziehen und ihre Politiker habituell bürgerlicher auftreten. Zum anderen können moderne rechtspopulistische Diskurse aber auch auf autoritär geprägten Einstellungsmustern aufsetzen, die in nicht unerheblichen Teilen der Gesellschaft verbreitet sind. Dies betrifft Vorstellungen von rassistischer Ungleichheit der Menschen genauso wie frauenfeindliche und homophobe Einstellungen. In der aktuellen „Mitte-Studie“ der FES ließ sich zudem eine Tendenz beobachten, unter der Überschrift des „marktkonformen Extremismus“ Solidarität nur zwischen vermeintlichen Leistungsträgern – seien es fleißige Arbeitnehmer gegen Hartz-IV-Empfänger oder fleißige Deutsche gegen vermeintlich faule Griechen – zu üben.

Besonders wichtig ist zudem ein weiterer Trend: Der ausgrenzende Diskurs gegen „Ausländer“ hat sich in seiner Begründungssache verstärkt auf das Merkmal „Islam“ verschoben. Diese neue Form eines Kulturrassismus kann öffentlich an die Diskussionen der letzten Jahre zu den Themen „Ehrenmord“, Frauenunterdrückung und Islamismus anschließen. Dass es „den“ Islam ebensowenig gibt wie „die“ Muslime ist dabei ohne Belang – die tatsächliche oder vermeintliche Zugehörigkeit eines

Menschen reicht nach dieser Lesart aus, um ihm bestimmte Einstellungsmuster oder Verhaltensweisen zu unterstellen und die gesellschaftliche Abwertung daraus zu begründen. Die politische Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Islamfeindlichkeit ist umso problematischer, als dass die an und für sich sehr plumpe Verteidigung eines „christlich-jüdischen Abendlandes“ im Gewand einer Verteidigung der Menschenrechte beispielsweise von Frauen gegen einen „rückständigen“ Islam erscheint. So erfolgt teilweise eine Auslagerung von eigentlich gesamtgesellschaftlichen Phänomenen wie der Gewalt gegen Frauen oder auch von antisemitischen Einstellungen auf die Gruppe der Muslime. Dieser Vorgang ist nicht nur faktisch falsch – er entlässt die Mehrheitsgesellschaft auch aus ihrer eigenen Verantwortung für die Diskurse in der Mitte der Gesellschaft und ermöglicht Rechtspopulisten und Rechtsradikalen, sich zu Verteidigern einer Freiheit aufzuschwingen, mit der sie eigentlich nichts zu tun haben. Besonders perfide ist das Postulat eines „christlich-jüdischen“ Erbes Europas – eine mit Blick auf jahrhundertalten Antisemitismus und den Holocaust geradezu zynische Behauptung.

Die Frage, wie die SPD mit rechtspopulistischen Mobilisierungen und Parteien strategisch umgehen soll, stellt sich nicht erst seit den jüngsten Entwicklungen. Entsprechende Parteiformationen hatten sich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zwar nicht etablieren können. Allerdings beinhaltete dieser Entwicklungspfad der Parteienlandschaft auch, dass die Teile des rechtspopulistischen bzw. nationalkonservativen Themenrepertoires über Jahrzehnte von CDU und CSU vertreten wurden. Einer der prominentesten Beispiele dieser Repräsentanz seit den späten 90er Jahren ist die Unterschriftenkampagne der CDU im Landtagswahlkampf 1999 in Hessen gegen die rot-grüne Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die an völkische fremdenfeindliche Einstellungen anknüpfte. Nach dem Einzug der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

(Schill-Partei) zur Bürgerschaftswahl in Hamburg 2001 ging die CDU mit der Neurechten Parteiformierung ungeachtet der Proteste ein Regierungsbündnis ein. Thilo Sarrazins marktliberale und rassistisch-eugenische Thesen erfuhren zum Teil eine positive öffentliche Resonanz. Sie waren zu dem radikalkonservativen Ausgrenzungsdiskurs Peter Sloterdijks anschlussfähig, der den vermeintlich Untätigen den „fiskalischen Bürgerkrieg“ der steuerzahlenden vermeintlichen Leistungsträger erklärte.

Neu sind in Deutschland weder die Themen der Rechten noch die sie unterstützenden Milieus und politischen Lager, sondern vor allem die AfD als politische Repräsentantin und Bindeglied benachbarter rechter Lager und Diskurse. Sie bot einen politischen Anknüpfungspunkt für Wählerinnen und Wähler, die marktradikalen, nationalliberalen, nationalkonservativen und rechtspopulistischen Deutungsmustern zuneigen und die sich in der teils modernisierten CDU/CSU nicht mehr repräsentiert fühlten. So erscheint die europäische Krisenpolitik Angela Merkels aus marktliberaler und nationalkonservativer Sicht als Ausverkauf ökonomischer bzw. monetaristischer Prinzipien und Bedrohung des durch die D-Mark symbolisierten deutschen Erfolgsmodells sowie des selbst erarbeiteten Wohlstandes zugunsten derer in Europa, die sich vermeintlich nicht anstrengen. Ihnen ging auch der Konservatismus der sozialen Zustände wie z.B. durch den Mindestlohn oder den früheren Rentenzugang für einige Jahrgänge zu weit. Vor allem Teilen des kleinbürgerlichen, modernisiert kleinbürgerlichen und einer Teilgruppe des konservativ-gehobenen Milieus lehnen die gesellschaftlichen Modernisierungen der letzten Jahrzehnte und der partiellen programmatischen Öffnungen der Union für Gleichstellung der Geschlechter, Anerkennung neuer Lebensformen oder MigrantInnenrechte ab. Sie interpretieren die Öffnungen als Rückfall hinter ihre traditionelleren „deutschen“ Wertvorstellungen der Familie,

der Nation und völkischer Zugehörigkeit. Hinzu kommt bei vielen eine allgemeine Enttäuschung über Politiker und die Politik. Bei einer Teilgruppe in gesicherten sozialen Lagen sind wohlstandschauvinistische Einstellungen, in den weniger gesicherten Lagen eher Abstiegs-erfahrungen oder Abstiegsängste verbreitet. In beiden Teilgruppen sind die Ablehnung von (weiterer) Gleichstellung z.B. der Geschlechter sowie massive Vorurteile und Ausgrenzung gegenüber Fremden usw. vertreten (siehe hierzu auch den Artikel von *Max Reinhardt* im Heftschwerpunkt).

Die Mitte-Studie der FES aus dem Jahr 2014 verzeichnet bei den Anhängern der AfD die nach den Anhängern der NPD zweithöchste Befürwortung ausländischer, chauvinistischer und die NS-Diktatur verharmlosender Positionen. Ebenso überdurchschnittlich stimmen sie abwertenden Positionen über Homosexuelle zu, kritisieren Politik generell und sprechen sich für die Vorrechte von Etablierten aus. Zwar gingen die gemessenen rechtsextremen Einstellungen seit dem Jahr 2002 zurück. Diese Entwicklungstendenz verläuft aber offenbar unabhängig von der Mobilisierung der AfD. Sie kann aus einem weitgehend stabilen Enttäuscht-Autoritären politischen Lager mit den oben skizzierten Grundhaltungen schöpfen.

Zudem stiegen die von der Amadeu-Antonio-Stiftung dokumentierten Übergriffe auf Flüchtlinge und die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte schon im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres wieder deutlich an. Die NPD organisiert als Bürgerproteste verschleierte Demonstrationen gegen die Unterkünfte.

Der mittlerweile tonangebende rechtspopulistische Flügel der AfD greift zum Teilsystematisch völkische, deutschnationale und fremdenfeindliche Deutungsmuster oder Vorstellungen natürlicher Sozial- und Geschlechterordnungen der extremen Rechten auf.

Während die Partei bei der Bundestagswahl 2013 noch knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, gelang ihr der Einzug in das Europäische Parlament sowie in fünf Landesparlamente. Ihre sich abzeichnende Spaltung zwischen dem marktliberalem und dem rechtspopulistischen Flügel wird sich voraussichtlich negativ auf die Fähigkeit ihrer Wählerbindung auswirken. Sollten sich Deutschnationale und Rechtspopulisten gegen den markt- bzw. einen Teil des nationalliberalen Flügels durchsetzen und die Partei gespalten, würden sich große Teile ihrer WählerInnen enttäuscht über die aus ihrer Sicht handlungsunfähige Führung abwenden. Darüber hinaus würden sie nach einer deutlichen Radikalisierung die bürgerliche Anschlussfähigkeit und damit ihre eigene Respektabilität im Alltag als gefährdet ansehen. Dies gilt umso mehr, als dass die prononciert rechtspopulistisch-deutschnationale Formation mit einer breiten Gegenmobilisierung bis in das gemäßigt-konservative politische Lager hinein konfrontiert wäre. Auch ihr Zugang zu den großen Medien würde sich dann mittel- bis langfristig schließen. Es ist daher höchst fraglich, ob der neuen Rechten mit der AfD der Aufstieg in Deutschland gelingt.

Weitgehend unklar ist, wie mit den Demonstrationen umgegangen werden soll, die unter dem Label „Pegida“ um die Jahreswende 2014/15 vor allem in Dresden veranstaltet wurden. Während eine Expansion des Demokonzepts in andere Städte weitgehend scheiterte, brachten die Organisatoren in Dresden über Wochen mehrere tausend Menschen auf die Straße.

Die jüngste Mobilisierung des Rechtspopulismus in Deutschland wurde auch durch marktliberale Wirtschafts- und Krisenpolitik auf europäischer Ebene befeuert, die an Austerität und einer rigiden Wettbewerbslogik unter Inkaufnahme von Massenarbeitslosigkeit insbesondere junger Menschen, weiterer Prekarisierung und Verarmung in Südeuropa

festhält. Wie die Mitte-Studie belegt, neigen die Anhänger der AfD überdurchschnittlich zu extremen ökonomischen Einstellungen der Effizienz, des Wettbewerbs und der Unterwerfung unter ein unternehmerisches Selbst. Sie müssen Diskurse, die Griechenland einseitig die Verantwortung für die Krise zuwies, als Bestätigung ihrer Haltung wahrnehmen. Solche Einstellungen gehen überdurchschnittlich mit der Zustimmung zu sozialdarwinistischen Aussagen einher.

Was folgt politisch daraus? Zum einen scheint die gesellschaftliche Stimmung gerade in Bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen deutlich besser als noch während der 1990er Jahre. Eine Instrumentalisierung steigender Flüchtlingszahlen für neue ausländergefeindliche Debatten konnte bislang vergleichsweise wenig Einfluss entfalten. Allerdings lässt sich gerade in der Diskussion um die Krisenpolitik und den weiteren Umfang mit Griechenland („faule Griechen“) sowie beispielsweise in der Diskussion um die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland ein deutlich höheres Mobilisierungspotential und Anschlussfähigkeit für rechtspopulistische Deutungen erkennen.

Politisch wird es darum gehen müssen, solidarische politische Strategien klar als Alternative gegenüber Diskursen und Haltungen abzugrenzen, die auf Ausgrenzung und Abwertung zielen. Abstiegsängste von Menschen sowie Entfremdungsprozesse von Demokratie, die sich politisch in Form von Abwertung und Ausgrenzung äußern, dürfen keine Bestätigung erfahren. Diskussions- und Integrationsangebote im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Deutungsrahmen und entsprechenden Kontexten wie z.B. Pegida tragen eher zu deren Legitimation bei, als dass sie eine kritische Auseinandersetzung fördern. Die politische Linke sollte sich auch durch rechtspopulistische Massenkundgebungen nicht verunsichern lassen und die kritische Auseinandersetzung mit Abstiegsängsten innerhalb eines solidarischen und partizipatorischen Deutungsrahmens suchen.

Dieser Heftschwerpunkt zeigt Entwicklungstendenzen der neuen Rechten in Deutschland und Europa und die enge Verkopplung mit neoliberalen Denkmustern und Diskursen auf. Darüber hinaus behandeln die AutorInnen Themen und Mobilisierungsstrategien der neuen Rechten mit dem Fokus auf Islamfeindlichkeit und neuen Antisemitismus und verorten rechts-autoritäre Grundhaltungen und Handlungsmuster sozialstrukturell.

Zusammenfassung der Artikel

Christina Kaindl diskutiert den Wandel der Zusammenhänge zwischen neoliberalen sowie rechtspopulistischen bzw. extrem Rechten Diskursen und ihre politischen Mobilisierungsmechanismen. Es sei den Neurechten Parteien in Europa vor allem seit Beginn der 2000er Jahre gelungen, die politische Repräsentationskrise zu nutzen, die sich mit den zunehmenden sozialen Folgen neoliberaler Politik und marktliberalem Kurswechsel der Sozialdemokratie vergrößert habe. Verfolgten rechtskonservative und rechtspopulistische Parteien zuvor rein marktliberale Programme, so griffen sie später Gefühle sozialer Unsicherheit und Ungerechtigkeit auf, indem sie die Migration in Verbindung mit der Globalisierung als Ursache der Krise darstellten.

Neben einer politischen Repräsentationslücke im rechten Lager sieht *Max Reinhardt* die wesentliche Ursache des Erfolgs von Pegida und der AfD im Zusammenwirken von autoritären Charakterdispositionen, alltäglicher Lebensführung und politischen Einstellungen, vor allem der kleinbürgerlichen und eines Teils der konservativ-bürgerlichen Milieus, im Zusammenspiel mit der Krisenpolitik. Es handele sich bei den rechtspopulistisch Mobilisierten zu einem großen Teil nicht um Prekarisierte, sondern um Menschen in gesicherteren sozialen Lagen, die ihre abwertenden und ausgrenzenden Denkmuster zum Ausdruck brächten. Allerdings hätten auch die AfD und Pegida, im Unterschied zu anderen historischen Beispielen,

nur einen Teil dieses Enttäuscht-Autoritären politischen Lagers ansprechen können, obwohl sie ein Bündnis verschiedener Strömungen und Lager seien.

Fabian Virchow zeichnet den Weg der rechtsradikalen und rechtspopulistischen Parteien in der EU bei den letzten Europawahlen nach und macht u.a. in wohlstandschauvinistischen Abwertungen ein gemeinsames Thema der unterschiedlichen rechten Formationen aus.

Wolfgang Benz untersucht die Entwicklung antisemitischer Einstellungen sowie der Debatten über die politische Einordnung und Bearbeitung von Antisemitismus in der Bundesrepublik.

Vera Egenberger wendet sich dem Problem des „racial profiling“ durch die Polizei zu, und schlägt konkrete Maßnahmen, wie eine Novellierung des Bundespolizeigesetzes sowie eine unabhängige Beschwerdestelle, vor.

Sebastian Friedrich und *Inva Kuhn* wenden sich dem Thema „Islamfeindlichkeit“ zu und ordnen dieses Phänomen vor dem Hintergrund von Klassenauseinandersetzungen ein.

Iris Gleicke geht vom volkswirtschaftlichen Schaden durch Rechtsextremismus aus und zeigt an einigen Beispielen auf, wie sich Unternehmen, beispielweise in der Gastronomie, als Teil von zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen rechte Raumergreifungstendenzen gemeinsam wehren können.

Thilo Scholle befasst sich in seiner Sammelrezension mit einigen aktuellen Publikationen zum Thema „Islamfeindlichkeit“.

↳ Thilo Scholle ist Mitglied der spw-Redaktion, Jurist und lebt in Lünen.

↳ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.